

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressestatement

des Caritasdirektors
des Caritasverbands der Erzdiözese
München und Freising e.V.

Prof. Dr. Hermann Sollfrank

anlässlich der Jahrespressekonferenz

am 12. Juli 2022
im Korbiniansaal
des Pater-Rupert-Mayer-Hauses, Hirtenstraße 4
in München

Anrede,

heute ist Tag 138. Tag 138 in einem Krieg, den wir bis vor wenigen Monaten gar nicht für möglich gehalten haben. Ein Krieg, quasi vor unserer Haustür und mit schwerwiegenden Folgen bis in unser tägliches Leben hinein. Seit Kriegsbeginn zeigen die Menschen **Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern**, wie sie schon in der Corona-Pandemie Solidarität gezeigt haben. Und nun stehen wir alle vor einer weiteren schweren Belastungsprobe.

Durch den Epochenbruch oder die Zeitenwende (wie Bundeskanzler Scholz es nennt) nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine stehen uns harte Jahre bevor. Die hohe Inflation und die explodierenden Energiepreise um bis zu 400 Prozent sind ein Vorgeschmack dessen, was auf die Menschen an substantiellen Belastungen zukommen wird.

Die rasant steigenden Preise vergrößern die Kluft zwischen Arm und Reich. Sie sind sozialer Sprengstoff, wenn wir nicht gegensteuern!

Klar kann der Staat nicht jeden Nachteil und nicht jeden Schicksalsschlag abfedern und ausgleichen. Aber er muss sich fragen: Wie können wir Geringverdienern und den Bedürftigen das Leben erleichtern? Gerade bei jenen, die sich bereits in einer prekären Lebenssituation befinden, wachsen mit der Inflationsrate auch Verunsicherung und Sorgen. Sie merken es jeden Tag im Geldbeutel, wenn sie einkaufen gehen, dass die Preise stark steigen und **sie haben Existenznot**. Diese Menschen sind den prekären Umständen schutzlos ausgeliefert. Sie haben kein Ersparnis oder gar Vermögen. Viele haben bereits jetzt Angst, dass sie ihre Rechnungen für die Energiekosten nicht mehr zahlen können.

9-Euro-Ticket, Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger oder Tankrabatt sind sicherlich sinnvolle Schritte (wobei wir den Tankrabatt unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten kritisch sehen). Das Problem ist, dass bestimmte Gruppen gar nichts erhalten oder viel zu wenig. Zum Beispiel Rentner und Rentnerinnen mit geringen Renten und auch Menschen, die knapp über der Grundsicherung oder dem Wohngeld liegen. Für sie wird es jetzt besonders schwer. **Deswegen braucht es weitere Entlastungspakete.**

Die Lage ist ernst. Wir brauchen eine große gemeinsame und solidarische Kraftanstrengung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. **Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.** Mir gefällt die Idee einer Konzertierte Aktion wie 1967 unter Wirtschaftsminister Karl Schiller. Ein möglicher Schritt wäre neben noch weiteren Entlastungspaketen, dass zum Beispiel wieder ein Moratorium für Wohnungsräumungen eintritt. So etwas gab es bereits in der Coronazeit, dass Menschen ihre Wohnungen nicht verlieren, nur weil sie ihre Nebenkosten nicht zahlen konnten. Das wäre sehr hilfreich. Ein weiterer Vorschlag wäre, die Gaspreise zu deckeln oder eine drastische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Mehr zur neuen Armut, die in unserer Beratung ankommt, berichtet Ihnen im Anschluss meine Vorstandskollegin Gabriele Stark-Angermeier.

Soziale Gerechtigkeit und Nächstenliebe – die Grundwerte der Caritas – lebendig werden zu lassen, das ist unser Anliegen. Ein Beispiel **gelebter Nächstenliebe** ist die vielfältige solidarische Hilfe für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Im Februar und März waren es bis zu 2.000 Menschen, die pro Tag am Münchner Hauptbahnhof ankamen und am Caritas-Infopoint „erste Hilfe“ in Anspruch genommen haben. Aktuell sind es täglich etwa 200 ukrainische Hilfesuchende. Wir werden sehen, welchen Einfluss das Kriegsgeschehen und die Situation in der Ukraine auf zukünftige Flucht- und Migrationsbewegungen haben werden. Insgesamt 30.000 Ukrainern und Ukrainerinnen haben wir mit einem warmen Essen und Getränken, vielen Informationen und Begleitung, einem Trost oder einer Umarmung geholfen.

Heute kommen oftmals Menschen, die schon länger da sind, aber Fragen haben oder ein neues Quartier suchen. Denn zunehmend geraten die privaten Gastgeber an ihre Grenzen und fordern ihre Gäste auf, wieder auszuziehen. An unserem Infopoint treffen die Geflüchteten immer auf Ukrainisch sprechende Landsleute. Mit der Refinanzierung durch die Landeshauptstadt München (1 Mio Euro) konnten wir inzwischen 14 Personen anstellen, die uns bei der Arbeit am Infopoint unterstützen. An dieser Stelle möchte ich auch meinen großen Dank an das Erzbischöfliche Ordinariat aussprechen, dass unsere Migrations- und Integrationsberatung sowie die Ehrenamts-Koordination und die Vermittlung von Wohnraum mit weiteren 600.000 Euro unterstützt.

Der Krieg in der Ukraine wird, so ist zu befürchten, noch länger andauern. Die geflüchteten Menschen versuchen, in der Fremde ein Stück Normalität in ihr Leben zu bringen, sich so gut es geht zurecht zu finden und Kontakt zu ihren Angehörigen zu halten.

Die Flucht vor dem Krieg in der Ukraine hat aber auch einen deutlich positiven politischen Willen gezeigt: Es ist möglich, **Vertriebene menschenwürdig zu behandeln**, sie schnell und unkompliziert aufzunehmen und zu integrieren. Als Caritas wirken wir darauf hin, dass diese rechtlichen Rahmenbedingungen für alle schutzsuchenden Menschen in Deutschland gelten, unabhängig, ob sie aus der Ukraine oder aus Ruanda, Afghanistan, Syrien oder einem anderen Land der Welt vor einer Krise oder Krieg fliehen. Denn **Schutz vor Krieg und Verfolgung ist ein universelles Menschenrecht.**

Deshalb fordern wir als Spitzenverband von gut 100 Mitgliedsorganisationen mit 1.500 Einrichtungen und Diensten und 30.000 Beschäftigten:

Alle Geflüchteten gleich achten und behandeln!

Es darf keinen Zwei-Klassen-Umgang mit Menschen auf der Flucht geben!

(Das Positionspapier dazu finden Sie in der Pressemappe.)

Während alle auf die Not ukrainischer Geflüchteter schauen, dürfen wir die Not anderer geflüchteter Menschen bei uns nicht aus dem Blick verlieren.

Ich **warne vor einer Zweiklassengesellschaft bei Geflüchteten.** Eine Ungleichbehandlung von Menschen in Not kann Integration gefährden.

Die Europäische Union hat mit Ihrem Beschluss zur Umsetzung der Massenzustrom-Richtlinie bewiesen, dass eine Aufnahme von Geflüchteten auch auf eine humane Weise geschehen kann, die die Menschenwürde der Geflüchteten achtet. Die Richtlinie bedeutet: Für geflüchtete Ukrainer/-innen gilt, dass sie kein Asylverfahren durchlaufen müssen: Sie erhalten im Gegensatz zu Geflüchteten beispielsweise aus Syrien, Afghanistan oder afrikanischen Ländern sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Gesundheitsleistungen und zu Integrationskursen. Vor Abschiebung sind sie geschützt.

Von den politischen Verantwortlichen in Bund und Land fordern wir, dafür zu sorgen, dass alle in Deutschland lebenden Geflüchteten grundsätzlich

- das Recht erhalten, zu **arbeiten**, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien selbst bestreiten zu können. Dies soll auch während langwieriger Verfahren gelten. Arbeitsverbote dürfen nicht als Druckmittel eingesetzt werden, um eine Ausreise zu erzwingen.
- **Hartz-IV** erhalten können, also Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende). Im Gegensatz zum Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) können Geflüchtete so ihren Lebensunterhalt menschenwürdig bestreiten und durch den Zugang zu medizinischen und therapeutischen Leistungen gesund leben.
- zeitnah nach ihrer Einreise **Integrationsangebote** erhalten, wie etwa Deutschkurse.
- **nicht in AnKER-Einrichtungen** untergebracht werden. Dezentrale Unterbringung ist menschenwürdig und erleichtert die Integration.
- ihre **Kernfamilie** oder abhängige Angehörige, wie pflegebedürftige Eltern, nach Deutschland **holen** dürfen, damit Familien nicht dauerhaft getrennt leben.
- bei drohender Abschiebung Angebote erhalten, sich **in strukturschwachen Regionen niederzulassen**. Dort könnten sich Geflüchtete um eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle bewerben. Damit wird einerseits dem Fachkräftemangel und andererseits der Abwanderung und Überalterung in ländlichen Gegenden wie auch der fortlaufenden Verdichtung von Ballungsräumen in Deutschland mit all den negativen Begleiterscheinungen entgegengewirkt.

Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung, die Themen Migration und Integration sind dauerhafte Zukunftsaufgaben für Politik und Gesellschaft. Und die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten kann zur echten Win-Win-Situation werden. Flüchtlinge sind auch ein Arbeitskräftepotenzial, besonders in Mangelberufen, wie z.B. in der Altenpflege. Ohne Migranten geht in Deutschland schon heute wirtschaftlich nichts mehr. Und mit Blick auf den

demografischen Wandel, den anhaltenden Personal- und Fachkräftemangel und die Finanzierbarkeit unserer Sozialversicherungssysteme, vor allem der Renten- und Krankenversicherung, müssen wir die Beschäftigtenzahl mindestens stabilisieren. Also kann die Schlussfolgerung nur lauten:

Ausländer rein!

Wir müssen Migranten und Migrantinnen, die sich engagieren wollen für diese Gesellschaft und ein Talent haben, herzlich willkommen heißen, statt sie misstrauisch zu beäugen. Ihnen müssen Deutschkurse, Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht nur ethisch verwerflich, sie werden zum Bumerang und schaden unserem Land.

Ohne Zuwanderung werden wir Wohlstand verlieren!

Insofern ist das neue Chancenaufenthaltsrecht der Bundesregierung für langjährig geduldete Ausländer als erster wichtiger und richtiger Schritt nur zu begrüßen. Und wir sind davon überzeugt, dass eine fortgesetzte Ungleichbehandlung geflüchteter Menschen den **sozialen Frieden gefährden** kann.

Personalmangel darf sich nicht verfestigen!

Deutschland ist ein Einwanderungsland und soll es auch sein, im eigenen Interesse. Eine der größten Herausforderungen für uns als Sozialverband ist der Arbeits- und Fachkräftemangel. Allein im Kita-Bereich stellt der aktuelle Fachkräfte-Radar der Bertelsmann Stiftung fest, dass Bayern auf einen enormen **Personalnotstand** zusteuert. Sage und schreibe 46.000 Fachkräfte fehlen allein im Bereich der Kindertagesstätten bis 2030. Wie soll da die Garantie für eine Ganztagsbetreuung gewährleistet werden? Nicht viel anders sieht es im Pflegebereich und vielen anderen sozialen Tätigkeitsfeldern aus. Mehrere zehntausend Kräfte fehlen. Auch hier brauchen wir eine Konzentrierte Aktion pro Soziale Berufe. Wir müssen sie aufwerten, auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Quereinstiege müssen erleichtert, Azubis und Studierende in der Ausbildung unterstützt werden.

Es fehlen aber nicht nur die Fachkräfte in der Betreuung der Menschen. Technik, Hauswirtschaft, Küche, Alltagsbegleitung,

Unterstützungskräfte – überall merken wir einen eklatanten Arbeitskräftemangel. Gerade in Ballungsräumen, gerade dort, wo das Leben teuer ist und immer teurer wird.

Daher muss vor allem bezahlbarer Wohnraum für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen und der soziale Wohnungsbau angekurbelt werden. Dringend. Momentan bauen wir massiv Sozialwohnungen ab statt auf. Der Saldo zwischen Neubauten und Wohnungen, die aus der Sozialbindung fallen, ist seit Jahren negativ. 2021 fielen allein in Bayern 1.800 Sozialwohnungen weg (3634 neu gebaut, aber 5428 aus Sozialbindung rausgefallen). Ein Skandal.

Wir richten hier unseren mahnenden Appell an Ministerpräsident Markus Söder, der zu seinem Amtsantritt vor vier Jahren bis 2025 rund 10.000 neue bezahlbare Wohnungen über seine Bayern-Heim versprochen hatte. Das Ziel liegt in weiter Ferne und ist nicht mehr einzuhalten, wie der neue Bauminister Bernreiter jüngst zugeben musste. Es ist an der Bayerischen Staatsregierung, hier das Heft wieder in die Hand zu nehmen.

Wir brauchen faire Mieten, eine vernünftige Bezahlung und eine angemessene Wertschätzung für die sozialen Berufe, damit sich der Personalmangel nicht verfestigt.

Der Kirche, nicht dem Glauben den Rücken gekehrt

Die Herausforderungen, mit denen die Kirche konfrontiert ist, beschäftigen die Caritas sehr. Das Missbrauchsgutachten, die Frage nach der Offenheit für Vielfalt, beispielhaft zum Ausdruck gekommen in der Initiative OutInChurch und die Rekordaustritte: Alles Zeichen einer tiefgreifenden Krise. Tag für Tag verlassen fast 1.000 Menschen in Deutschland die römisch-katholische Kirche. Ein Aderlass, der umso mehr schmerzt, als nicht nur Kirchenferne der Institution Kirche den Rücken kehren, sondern zunehmend auch die Treuen und Engagierten.

Die Analyse schmerzt auch uns als Caritas, als Teil und sozialer Arm dieser Kirche. Denn wir wollen in unseren Verbänden eine christliche Unternehmenskultur pflegen, die von Vielfalt, Offenheit und Vertrauen geprägt ist und nicht von einem überzogenen

Kontrollbedürfnis privater Lebensverhältnisse. Eine grundlegende Reform des kirchlichen Arbeitsrechts halten wir für unumgänglich.

10 Zusagen für Mitarbeitende

Eine Antwort auf die tiefgreifende Krise der Kirche haben wir in einer Selbstverpflichtung formuliert: Den zehn Zusagen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Uns ist es wichtig, Nächstenliebe konkret werden zu lassen. Dafür braucht es Mitarbeitende, die sich gerne für andere einbringen und die christlichen Werte positiv sehen. Wie sie privat ihr Leben gestalten, ist nicht entscheidend.

Alle zehn Zusagen finden Sie in der Pressemappe. Ich möchte hier beispielhaft nur zwei erwähnen...

Identifikation mit Werten und Zielen der Caritas (4. Zusage)

Vielfalt wird bei der Caritas großgeschrieben. Allein bei uns im Trägerverband arbeiten 112 Nationalitäten. Die Lebensform jedes und jeder einzelnen ist unerheblich. Wichtig ist uns vielmehr, dass sich unsere Mitarbeitenden mit den Werten und Zielen der Caritas identifizieren. Diese Einstellung ist auch der Game-Changer bei der neuen kirchlichen Grundordnung, dass nämlich nicht mehr die Lebensgestaltung des/der Einzelnen interessiert, sondern seine christliche Identität.

Arbeitsplatz mit Sinn (9. Zusage)

Wir bieten einen „Sinn-vollen“ Arbeitsplatz. Als Caritas mehren wir die Solidaritätspotenziale und das inklusive Verständnis in der Gesellschaft und schenken Hoffnung. Wir bekämpfen sowohl die konkrete Not als auch deren Ursachen. Wir gestalten Politik mit, setzen uns vor Ort und weltweit für Gerechtigkeit ein. Und wir sind offen für gesellschaftliche Allianzen mit allen, mit denen wir Ziele teilen.

100 Jahre Caritas

Arbeitsplätze mit Sinn. Das hat die Caritas in ihrer 100-jährige Verbandsgeschichte immer geboten. Ein Blick in unsere digitale historische Ausstellung auf unserer Jubiläums-Webseite www.100-jahre-nah-am-naechsten.de oder ins gedruckte Magazin (ebenfalls in der Pressemappe) lohnt sich. Der Spitzenverband hat viele Höhen und Tiefen erlebt. Überstanden hat er sie nicht zuletzt, weil er immer auch konstruktiv gestaltet hat. Ganz individuell für den einzelnen Menschen in Not. Oder politisch als Anwalt derer, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.-.-